werden durch die Gesetze bestimmt. Mit dieser Formulierung ist unzweifelhaft auf das 5. Buch des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) verwiesen, das u. a. Regeln über die gesetzliche Erbfolge, das Recht der Testamente und Erbverträge und über das „Minimalerbrecht“ bestimmter Familienangehöriger, das sog. Pflichtteilsrecht, enthält. Daneben kommen aber weiter eine Reihe von Vorschriften in Betracht, die man normalerweise nicht zum Erbrecht zählt, die aber mit diesem die Eigenschaft gemeinsam haben, sich auf die Zuordnung von Vermögenswerten nach dem Tod des bisherigen Inhabers zu beziehen. Zu denken ist hier einmal an die Schenkung von Todes wegen, die nach ständiger Rechtsprechung auch dann formlos gültig ist, wenn der „verschenkte“ Gegenstand zunächst im Vermögen des Schenkers bleibt und nur aufschiebend bedingt auf den Tod des bisherigen Eigentümers einem Dritten übertragen wird.

Beispiel:

Bankier *A* will ein wertvolles Gemälde seinem Neffen *N* hinterlassen. Statt ihn mit einem Vermächtnis zu bedenken, übereignet er ihm das Bild schon zu seinen Lebzeiten, freilich unter der aufschiebenden Bedingung, daß *N* ihn überlebt. Mit dem Tod des *A* wird der Eigentumsübergang wirksam, das Gemälde fällt jedoch nicht in den Nachlaß, haftet den Nachlaßgläubigern grundsätzlich nicht und wird auch bei der Berechnung des Pflichtteils nicht mitgezählt.

Weiter ist an die Einräumung eines Forderungsrechts zugunsten eines Dritten zu denken, der dieses erst mit dem Tod des „Erblassers“ erwerben soll. Wichtigstes Beispiel ist der Abschluß eines Lebensversicherungsvertrags mit der Klausel, eine bestimmte, nicht mit dem Erben identische Person sei „bezugsberechtigt“, könne also im Todesfall die Versicherungssumme beanspruchen.

Weiteres Beispiel:

A begründet ein Sparkonto zugunsten des *X*, über das dieser erst nach *A*'s Tod verfügen kann.

Auch hier fällt der Begünstigte nach herrschender Auffassung aus dem Kreis der am Nachlaß Beteiligten heraus; er wird so behandelt, als hätte er sein Recht zu Lebzeiten des Verstorbenen und nicht erst mit dem Erbfall erworben.

Einen weiteren Anwendungsfall für erbrechtliche Vorgänge außerhalb des Erbrechts kann die Familienstiftung darstellen. Um das Vermögen auf Dauer, d. h. prinzipiell über endlos viele Generationen hinweg der Familie zu erhalten, wird es in eine rechtsfähige Stiftung eingebracht, deren Satzung bestimmten Personen (etwa dem jeweiligen ältesten Sohn) weitgehende Einflußrechte einräumt. Gleichzeitig wird festgelegt, in welchem Umfang und nach welchem „Schlüssel“ die einzelnen Familienmitglieder an den Erträgen des Stiftungsvermögens beteiligt werden. Tritt nun ein Todesfall ein, so ändert sich an der Vermögens-

Abschaffung des Erbrechts ?

Von Wolfgang Däubler

I. Was bedeutet „Erbrecht“ ?

Wer sich die Frage stellt, ob ein Rechtsinstitut ganz oder teilweise beseitigt werden soll, muß erst dessen genauen Umfang bestimmen; andernfalls läuft er Gefahr, seine Forderungen von vornherein nur auf einen Teilbereich zu erstrecken und zumindest Ausweichmöglichkeiten offen zu lassen.

Nach Art. 14 I des Grundgesetzes (GG) sind „das Eigentum und das Erbrecht“ gewährleistet; Inhalt und Schranken

zuordnung gar nichts. Rechtsträger ist weiter die juristisch selbständige Stiftung, Erbschaftssteuer fällt (jedenfalls bisher!) nicht an. Möglicherweise steht der maßgebliche Einfluß auf die Stiftung nunmehr anderen Personen zu, in der Regel wird sich die Ertragsbeteiligung der Hinterbliebenen ändern — sonst bleibt alles beim alten: die Stiftung als solche ist unsterblich.

Vierter und letzter Anwendungsfall sind Nachfolgeklauseln in Gesellschaftsverträgen. So sind die Gesellschafter einer GmbH berechtigt, die Nachfolge in den Geschäftsanteil über mehr als eine Generation hinweg zu regeln, und zwar in der Weise, daß die jeweiligen Erben zur Abtretung des Geschäftsanteils an den Begünstigten verpflichtet sind. Auch hier sollen nach herrschender Meinung die Vorschriften des 5. Buches des BGB nicht eingreifen, sondern allein die Bestimmungen über Rechtsgeschäfte unter Lebenden.

Die Bedeutung dieses „Nebenerbrechts“ ist so augenfällig, daß es entgegen verbreiteter Übung in der Reformdiskussion nicht ausgeklammert bleiben kann. Dies zeigt das Extrembeispiel einer Abschaffung des 5. Buches des BGB: Statt Testamente zu errichten oder es bei der gesetzlichen Erbfolge zu belassen, würden „erbrechtsfreundliche“ Mitbürger eben den Weg über die Schenkung von Todes wegen wählen und ihr gesamtes Vermögen dem Begünstigten „aufschiebend bedingt auf den Todesfall“ zuwenden. Die Reform wäre wirkungslos.

II. Eigentum und Erbrecht

Erbrecht ohne Privateigentum ist undenkbar. Gibt es keine verbindliche Zuordnung einzelner Vermögensgegenstände zu bestimmten Personen, so ist nichts vorhanden, was vererbt werden könnte. Für die Konzipierung von Reformforderungen ist diese scheinbar so selbstverständliche Feststellung von großer Bedeutung. Fehlt dem Eigentum an bestimmten Arten von Gütern die notwendige Legitimation, müßte es also eigentlich abgeschafft werden, so kann auch das darauf bezogene Erbrecht keinen Bestand haben. Seine Berechtigung wird zum selbständigen Problem nur dann, wenn das vererbte Eigentum als solches „makellos“ und unangreifbar ist. Hier stellt sich die Frage, ob ein theoretisch mögliches „Eigentum ohne Erbrecht“ Realität werden soll oder jedenfalls eine andere als die im BGB vorgesehene „Erbfolgeordnung“ anzustreben ist.

Über die grundsätzliche Bewertung des Privateigentums bestehen tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten, die hier schon aus Raumgründen nicht erschöpfend dargestellt werden können. Sie erstrecken sich heute im wesentlichen auf das Privateigentum an Produktionsmitteln, dem deshalb ein eigener Abschnitt gewidmet werden soll. Zunächst wollen wir uns freilich dem Eigentum an persönlichen Gebrauchsgegenständen zuwenden (unten III), das neben dem ersparten Vermögen (unten IV) für die meisten Mitbürger

ausschließlicher Gegenstand des Erbrechts ist. Während das BGB alle Formen des Eigentums gleichbehandelt, soll hier entsprechend der Bedeutung der Eigentumsobjekte für den Einzelnen und die Gesellschaft differenziert werden.

III. Vererbung persönlicher Gebrauchsgegenstände

1. Das Recht, mit einer Sache nach Belieben zu verfahren und andere von jeder Einwirkung auszuschließen (§ 903 BGB), erstreckt sich verständlicherweise in erster Linie auf Dinge wie Kleidung, Wohnungseinrichtung, Kraftfahrzeuge oder bei der Arbeit benutzte Werkzeuge eines Handwerkers. Soweit es sich auf solche Gegenstände beschränkt, vermittelt es keine Herrschaft über andere; wer seine Wohnung nach seinem vielleicht etwas abwegigen Geschmack einrichtet, riskiert vielleicht gesellschaftlichen Boykott, ganz sicher jedoch nicht den Vorwurf, anderen seine Vorstellungen aufzuzwingen. Auf der anderen Seite ist das Eigentum an persönlichen Gebrauchsgegenständen unabdingbar für jede eigene, selbstbestimmte Lebensgestaltung. Persönlichkeitsentfaltung ist schwer vorstellbar ohne ein Minimum an Gütern, über das man nach eigenem Willen verfügen kann. Wollte man in diesem Bereich andere Personen mitreden lassen, so wären vermeidbare Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen, die dem Einzelnen die persönliche Lebensgestaltung erheblich erschweren könnten. Je umfassender in diesem Bereich seine Befugnisse sind, um so näher kommt man dem Ziel effektiver Freiheit.

2. Das Recht, dieses materielle Substrat der Persönlichkeitsentfaltung auf andere Personen zu übertragen, ist nie ernsthaft bestritten worden; was dem einen diene, soll nach seinem Tode einem anderen Nutzen bringen. Jede andere Lösung würde nicht nur das Bewußtsein der Bevölkerung verfehlen, sondern wäre auch extrem unpraktisch, da eine Einziehung von Gebrauchsgütern durch den Staat und eine Neuverteilung an Dritte mit einem enormen Aufwand verbunden wäre.

Fraglich kann im Grunde nur sein, ob das Gesetz eine zwingende Erbfolge zugunsten der Familie vorsehen soll oder ob dem Erblasser das Recht eingeräumt wird, durch Testament oder Erbvertrag selbst den Begünstigten auszuwählen. Hier scheint es sinnvoll, in Abweichung von der Regelung des BGB die Familienangehörigen dann zu alleinigen Erben zu machen, wenn sie selbst die betreffenden Gegenstände mit benutzt haben: es würde ihren Lebenskreis in unzumutbarer Weise beeinträchtigen, wenn ihnen der Erblasser durch letztwillige Verfügung diejenigen Sachen entziehen könnte, die ein wesentliches Moment ihres täglichen Lebens ausmachen. Durch ein Änderungsgesetz aus dem Jahre 1964 ist für einen Spezialfall — den der Miete — eine entsprechende Lösung in das BGB eingefügt wor-

den¹; was dort für das Recht des Mieters an der Wohnung bestimmt wurde, müßte für alle Gebrauchsgegenstände gelten. Zur Vermeidung von Umgehungen sollte weiter ausgeschlossen werden, daß die hier in Frage stehenden Gegenstände durch Schenkung von Todes wegen gemäß § 2301 BGB auf Dritte übertragen werden, es sei denn, das Gut wäre von völlig untergeordneter Bedeutung.

Soweit eine gemeinsame Nutzung nicht vorliegt, ist entsprechend der Regelung des BGB dem Erblasser die volle Testierfreiheit einzuräumen; das Recht, zu Lebzeiten über in der Regel selbst erarbeitete Gegenstände nach eigenen Vorstellungen zu verfügen, sollte auch die Befugnis umfassen, über die Zuordnung nach dem Tode bindende Anordnungen treffen zu können.

IV. Vererbung von erspartem Vermögen?

Es gibt eine Reihe von Gegenständen, die nicht unmittelbar dem Gebrauch durch den Inhaber unterliegen, die jedoch gleichfalls keine Herrschaft über andere Menschen vermitteln. Dazu gehört etwa das Sparguthaben, das der einzelne bei seiner Bank hat, ebenso wie ein Eigenheim, rückständige Lohn- oder Rentenforderungen und Ansprüche aus Verträgen, die über Gegenstände des täglichen Bedarfs geschlossen wurden. Typisch für diesen Bereich ist, daß er zwar nicht zum unabdingbaren Minimum eines menschenwürdigen Daseins zählt, daß er jedoch die Persönlichkeitsentfaltung des Einzelnen erheblich erleichtert. Zugunsten voller Vererblichkeit wurde und wird ins Feld geführt, daß der Übergang eines derartigen in der Regel kleinen Vermögens ein wichtiges Mittel der Altersversorgung zugunsten der Hinterbliebenen darstellen kann. Darüber hinaus kann es häufig als Rücklage für Notzeiten dienen und bei minderjährigen oder jugendlichen Erben die Berufsausbildung entscheidend erleichtern. Schließlich kann die Übertragung von Todes wegen dem Erben über diese spezifischen Zwecke hinaus die Möglichkeit eröffnen, den bisherigen Lebensstandard beizubehalten, was insbesondere für Personen bedeutsam wird, die mit dem Erblasser in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben.

So sehr diese Rechtfertigungsversuche einzuleuchten vermögen, ist doch nicht zu übersehen, daß die beschriebenen Funktionen des Erbrechts unter den Bedingungen der Gegenwart immer mehr an Bedeutung verlieren. Der Staat der Daseinsvorsorge übernimmt unbestrittenermaßen immer mehr Aufgaben, die früher dem Einzelnen oder der Familie überlassen waren. So wird trotz fortdauernder Ungleichheit der Bildungschancen jedenfalls ein Hochschulstudium ermöglicht, die den Weg bis zum Abitur zurückgelegt haben. Die Lehrlingsvergütung gewinnt nicht zuletzt dank der Forderungen der Gewerkschaften und dank zahlreicher Aktionen von Lehrlingen beträchtlich an Bedeutung. Für die Altersversorgung sorgen Renten- bzw. Angestell-

tenversicherung, gegen krankheitsbedingte Notstände hilft die Krankenversicherung, gegen sonstige Notsituationen in letzter Instanz die Sozialhilfe. Diese staatlichen Einrichtungen, die aus den Steueraufkommen finanziert werden, haben heute sehr viel größere Bedeutung als die Milderung der Daseinsrisiken durch Vererbung von Vermögen. Der Erwerb von Todes wegen hat im Regelfall nur zur Folge, dem Einzelnen über das allen zustehende Maß an Daseinsvorsorge hinaus eine zusätzliche Absicherung zu verschaffen. Eine an streng egalitären Verhältnissen orientierte Gesellschaftstheorie müßte ein derartiges Erbrecht bekämpfen; Ersparnis müßte vom Staat eingezogen und an Personen ausgegeben werden, die einen größeren und dringenderen Bedarf anmelden können. Wollte man ernsthaft eine derartige Forderung erheben, so würde man sich zu Recht den Vorwurf des Utopismus einhandeln: die Erfahrungen der sozialistischen Länder zeigen, daß eine totale Gleichbehandlung aller Mitbürger von diesen selbst nicht gebilligt wird. Jahrelange, zum Teil jahrzehntelange Erfahrungen und Versuche haben bestätigt, daß ohne materiellen Anreiz nicht mit einem ausreichenden Arbeitseinsatz zu rechnen ist. Ebenso besteht in der Bevölkerung kein Verständnis dafür, dem Einzelnen das Recht zu nehmen, erarbeitetes Vermögen auf Familienangehörige zu übertragen, haben doch diese in vielen Fällen an der Erbringung seiner Arbeitsleistung selbst einen nicht unbedeutenden Anteil. Nicht ganz so eindeutig ist die Situation im Hinblick auf die Testierfreiheit, doch hat sich auch insoweit bisher keine grundlegende Einschränkung der Eigentümerbefugnisse durchsetzen lassen. Mit Recht wird verschiedentlich darauf hingewiesen, daß es wichtigere Probleme zu lösen gilt als die restlose Beseitigung der relativ kleinen Ungleichheiten, die durch die Vererbung ersparter Gegenstände erzeugt werden.

V. Vererbung des Eigentums an Produktionsmitteln?

Das Eigentum an Produktionsmitteln unterscheidet sich grundsätzlich vom Eigentum an Gebrauchsgegenständen

¹ § 569 a BGB:

I. In ein Mietverhältnis über Wohnraum, in dem der Mieter mit seinem Ehegatten den gemeinsamen Hausstand führt, tritt mit dem Tode des Mieters der Ehegatte ein. Erklärt der Ehegatte binnen eines Monats ... dem Vermieter gegenüber, daß er das Mietverhältnis nicht fortsetzen will, so gilt sein Eintritt in das Mietverhältnis als nicht erfolgt ...

II. Wird in dem Wohnraum ein gemeinsamer Hausstand mit einem oder mehreren anderen Familienangehörigen geführt, so treten diese mit dem Tode des Mieters in das Mietverhältnis ein ...

und an erspartem Vermögen im o. g. Sinn. Es bezieht sich auf diejenigen Objekte, mit denen gearbeitet werden muß, um das menschliche Leben in der Gesellschaft, d. h. die sog. gesamtgesellschaftliche Reproduktion, zu sichern. Stehen diese Gegenstände im privaten Eigentum einer Minderheit oder gar nur weniger Individuen, so bedeutet dies, daß die Mehrheit nur arbeiten kann, wenn ihr der Zugang zu den Produktionsmitteln von den Inhabern irgendwie ermöglicht wird. Die kapitalistische Wirtschaft bedient sich hierzu des Vertrages: das einzelne, von Produktionsmitteln freie Individuum verkauft seine Arbeitskraft an den Eigentümer oder dessen Beauftragte, er schließt — juristisch gesprochen — einen Arbeitsvertrag ab. Kraft des Privateigentums an den Produktionsmitteln kann sich der Inhaber die Produkte der Arbeit aneignen, während der Arbeitnehmer nur den Lohn erhält. Auf die Produktionsziele und die Art und Weise ihrer Realisierung hat der Einzelne grundsätzlich keinen Einfluß; er befindet sich in einer „Objektsituation“. Die Mitbestimmung versucht hier einen teilweisen Ausgleich zu schaffen, doch kann sie prinzipiell nichts daran ändern, daß sich die Produktion vorwiegend am Gewinninteresse der Eigentümer orientiert und den Bedürfnissen der Arbeitnehmer nach Entfaltung ihrer Persönlichkeit nur eine zweitrangige Rolle zuweist.

Die sozialistische Kritik hat seit *Marx* die Forderung erhoben, Produktionsmittel in Gemeineigentum zu überführen, um damit die Abhängigkeit des Einzelnen zu beseitigen. Durch demokratische Strukturen soll sichergestellt

werden, daß sich sowohl die Produktionsziele als auch die Art und Weise ihrer Realisierung an humanitären Bedürfnissen und nicht an den Gewinnerwartungen einiger Weniger ausrichten. Wer einen Arbeitsplatz sucht, soll nicht mehr seine Haut zu Markte tragen, sondern Miteigentümerrechte ausüben. Akzeptiert man dies, so wird das Problem der Vererbung gegenstandslos; es interessieren dann allein noch die oben unter III und IV behandelten Punkte.

Man kann sich die Frage stellen, ob eine Reduzierung oder gar eine Abschaffung des Erbrechts einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine sozialistische Wirtschaftsordnung darstellen kann. Die sog. utopischen Sozialisten, insbesondere *Proudhon*, haben in der Tat die Forderung erhoben, durch Ausschließung des Erbrechts den Kapitalismus gewissermaßen „auszuhungern“, weil nach etlichen Jahrzehnten eben kein Privateigentum an Produktionsmitteln mehr vorhanden wäre. In der bisherigen historischen Entwicklung haben sich derartige Versuche als völlig unfruchtbar erwiesen, da sie u. a. die Machtfrage falsch oder gar nicht stellen: es ist illusionär anzunehmen, daß derjenige, der die vollen Eigentümerbefugnisse genießt, bereit wäre, auf jede Vererbung zu verzichten und damit seiner eigenen Klasse zum Untergang zu verhelfen. Die Erfahrung beweist das eindeutige Gegenteil: wer die auf Eigentum gegründete Macht besitzt, versucht mit allen Kräften, das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auch für die Zukunft zu erhalten. Das Erbrecht an Produktionsmitteln wird daher erst dann abgeschafft sein, wenn es insoweit auch kein Privateigentum mehr gibt.